

# Traiskirchen – Chiffre für Wiens Asylprobleme

Österreichs grösste Durchgangsstation für Flüchtlinge im Spannungsfeld der Politik

Das «Betreuungszentrum» in der ehemaligen k. u. k. Artilleriekaserne Traiskirchen ist in Österreich längst zum Inbegriff des Flüchtlingslagers geworden: Durchgangsstation für Tausende Asylsuchende aus Dutzenden von Nationen.

Charles E. Ritterband, Traiskirchen

Für die österreichischen Medien ist Traiskirchen die «Flüchtlings-Hauptstadt» Österreichs. Als «Chiffre für die österreichische Asylpolitik» bezeichnen Kolumnisten die sonst nur wenig bemerkenswerte niederösterreichische Kleinstadt mit ihren knapp 18 000 Einwohnern, rund 20 Kilometer südlich von Wien. Nach einem Hinweisschild, das ihn zum Flüchtlingslager führen könnte, sucht der Besucher bei seiner Ankunft in Traiskirchen allerdings vergeblich: Es gibt keines.

## «Betreuungsstelle Ost»

«Leute aus der ganzen Welt finden uns jederzeit – auch wenn kein Wegweiser hierher führt.» Mit dieser nüchternen Feststellung begrüsst Regierungsrat Franz Schabhüttl den Berichterstatler, der nach seiner Irrfahrt durch die Ortschaft am Ende doch noch den Weg an die Otto-Glöckel-Strasse 24 gefunden hat. Schabhüttl ist seit 19 Jahren Leiter des Flüchtlingslagers Traiskirchen. Für rund 13 000 Menschen aus 40 Nationen war dies im vergangenen Jahr die Durchgangsstation; von den insgesamt 16 400 Asylanträgen letztes Jahr nahmen 10 000 in Traiskirchen ihren Anfang. Heute arbeiten hier 408 Personen, unter ihnen 47 Beamte des Bundesasylamts.

«Betreuungsstelle Ost» klingt unverfänglich, und das soll es auch. Die Traiskirchner sprechen der Einfachheit halber weiterhin nur vom «Flüchtlingslager». Bis 2008 hiess die Anlage amtlich korrekt «Betreuungsstelle Traiskirchen». Im Mai jenes Jahres stattete der damalige Innenminister Günther Platter dem Zentrum einen Inspektionsbesuch ab. Der Traiskirchner Bürgermeister Fritz Knotzer nahm den Minister beiseite und unterbreitete ihm eine kleine Bitte: Ob man aus der offiziellen Bezeichnung den Ortsnamen entfernen könne. Die Einwohner von Traiskirchen seien es leid, dass der Name ihrer Stadt nur als Inbegriff des negativ besetzten Themas Flüchtlinge bekannt sei.

## Futter für den Wahlkampf

Der Minister zeigte Verständnis für den Kummer des Stadtvaters. Seither heisst das Lager unverfänglich «Betreuungsstelle Ost». Doch die Assoziation zwischen Ortsname und Flüchtlingsfrage liess sich damit nicht aus der Welt schaffen. Ganz im Gegenteil: Seit Anfang Jahr ist das kontroverse Thema «Asyl» erneut zur innenpolitischen Streitfrage Nummer eins aufgerückt. Wobei Himmelsrichtungen eine eher skurrile Rolle spielen. Im Koalitionsabkommen hatten sich die Regierungspartner SPÖ (Sozialdemokraten) und ÖVP (Volkspartei) auf die Errichtung eines dritten Asylzentrums geeinigt, neben den beiden bereits existierenden im niederösterreichischen Traiskirchen und im oberösterreichischen Talham. Es sollte «im Süden Österreichs» liegen, woraufhin ein seltsamer, scheinbar geografischer, in Wirklichkeit aber höchst politischer Streit darüber ausbrach, ob die von Innenministerin Maria Fekter als Standort für das Zentrum gewählte Ortschaft Eberau im Südburgenland, unmittelbar an der ungarischen Grenze, nun im Süden oder im Osten Österreichs liege.

Für den sozialdemokratischen Bürgermeister Knotzer jedenfalls sind «Massenlager» wie das Zentrum Traiskirchen unmenschlich und «längst passé». Am 14. März hat Knotzer Gemeinderatswahlen zu bestreiten. Stimmengewinne für die extrem rechtsgerichteten



Asylsuchende im Aufnahmezentrum in Traiskirchen.

JET BUDELMAN / HOLLANDE HOOGTE

Freiheitlichen (FPÖ), die das Thema Fremde und Flüchtlinge als schlagkräftige Waffe im Wahlkampf einsetzen, seien wohl unvermeidbar, stellt Knotzer fest. Der Traiskirchner Bürgermeister fordert kleine Zentren im gesamten Bundesgebiet, aufgeteilt nach Nationalitäten der Asylbewerber. Resigniert fügt er hinzu, er habe bereits acht Innenminister erlebt, doch wirklich zu Rate gezogen habe ihn noch keiner.

Knotzer weiss, wovon er spricht. Zwar halten sich im Flüchtlingslager Traiskirchen gegenwärtig nur 667 Asylbewerber auf, die aus 36 verschiedenen Ländern stammen. Vor einigen Jahren waren hier vorübergehend bis zu 2000 Personen zusammengepfertcht, sie stammten aus 46 Nationen. Die brennendsten Konflikte flammen jedoch immer wieder zwischen Tschetschenen und Afghanen auf. Im April 2009 gerieten Angehörige der beiden Nationalitäten bei der Essensausgabe aneinander, nachdem sich angeblich ein Bursche aus der einen an einer jungen Frau der anderen Gruppe vergriffen hatte. Kurz darauf eskalierte ein Fussballspiel zu einem ethnischen Konflikt.

Heute befinden sich die Tschetschenen mit rund 150 Personen gegenüber den 300 Afghanen in der Minderheit; vor wenigen Jahren bildeten Flüchtlinge aus Tschetschenen die grosse Mehrheit. Das Konfliktpotenzial wird mittels gezielter Massnahmen reduziert. Die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten werden in getrennten Räumen untergebracht, auch die Essensausgabe erfolgt getrennt. Zudem werden in der Kantine alleinstehende Frauen und Mütter mit Kindern vor den Männern verpflegt.

## Soldaten und Flüchtlinge

Dem Ankommenden – und viele Verfolgte, Traumatisierte aus fernen Ländern kommen hier täglich an – bietet sich ein wenig tröstlicher Anblick. Der heruntergelassene Schlagbaum beim Wärterhäuschen, unmittelbar neben einer Villa, die als Polizeiposten dient. Entlang dem 1350 Meter langen Umfassungszaun überwachen 48 Videokameras die Anlage; weniger wegen Personen, die unbemerkt hinaus, als solcher, die sich wegen einer Schlafstelle und einer Mahlzeit unbemerkt ins Lager hinein schleichen wollten, erklärt einer der 37 hier eingesetzten Polizisten.

Auf dem 19 Hektaren grossen Grundstück war in der Zeit der Monarchie

eine k. u. k. Artillerie-Kadettenschule errichtet worden. In der Ersten Republik befand sich hier eine Erziehungsanstalt für die männlichen Sprösslinge aus bessergestellten Familien. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich wurde in den Kasernenbauten eine Kadenschmiede des NS-Regimes (Nationalpolitische Erziehungsanstalt, Napola) eingerichtet.

Im Jahr 1945 übernahmen sowjetische Truppen die Gebäude. 1956, nur ein Jahr nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages und dem Abzug der alliierten Truppen, kamen hier ungarische Flüchtlinge an. Sie waren vor den Sowjets nach Westen geflohen und wurden nun – Ironie der Geschichte – in den noch kurz zuvor von den Sowjets benützten Kasernen untergebracht. Das Provisorium wurde zur Dauereinrichtung; es folgten weitere Flüchtlinge aus Osteuropa und später aus Vietnam.

## «Hotel Hilton»

Ein düsterer grauer Himmel hängt über dem ehemaligen Kasernenareal, ein eisiger Wind treibt Schneeflocken vor sich her. Frierend huschen Gestalten, in irgendwelche Kleidungsstücke gehüllt, über die Wege. Zwischen dem «Kinderhaus» und dem «Frauenhaus», wo Männern jeder Zutritt strikt verboten ist, verfolgen Polizisten in einem Patrouillenfahrzeug das Kommen und Gehen der Passanten. Ein weiteres Polizeiauto fährt im Schrittempo über die Gehwege, Polizisten schlendern zu zweit durch die Anlage. Die sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte soll Konflikte verhindern und das Gefühl von Sicherheit vermitteln. Bei traumatisierten Flüchtlingen erzeugt sie aber wohl eher Angst.

In einem Fitnessraum schwitzen etwa 20 junge Männer an allerlei Sportgeräten; mit geballten Fäusten schlagen sie auf den abgeschabten Punchball ein. Spannung liegt in der Luft und scharfer Schweissgeruch. Im Haupthaus, von den Flüchtlingen mit bitterer Ironie «Hotel Hilton» genannt, sind 720 Personen untergebracht. Sie übernachten in Schlafsälen zu 4 bis 12 Personen, auf ausrangierten Armeebetten. Dreimal täglich werden in der Kantine warme Mahlzeiten ausgegeben.

Die meisten Flüchtlinge sind derzeit junge alleinstehende Männer. Sie versuchten, berichtet der Direktor, Asyl und Arbeit zu erhalten, um dann ihre Familie in der fernen Heimat ernähren

zu können. Manche gäben sich aber als wesentlich jünger aus, als sie in Wirklichkeit seien, so Schabhüttl, und zwar, um in den Genuss von Privilegien für jugendliche Flüchtlinge zu kommen. So habe kürzlich ein 51-jähriger Mann versucht, sich als 17-Jähriger auszugeben.

Kein einziger der Flüchtlinge, betont Schabhüttl, sei ohne Schlepper ins Land gekommen. Der Kommandant der hier stationierten Polizisten erklärt denn auch ohne Umschweife, dass es bei den Befragungen vor allem darum gehe, den Schleppern auf die Spur zu kommen. Doch die meisten der Opfer seien eingeschüchtert, aus ihnen sei nichts herauszubringen. Jeder Flüchtling muss sich beim Verlassen und Betreten des Areals am Wärterhaus registrieren lassen. Viele verschwänden spurlos. Meldeten sie sich innert 48 Stunden nicht zurück, würden sie automatisch abgemeldet und nicht mehr ins Lager eingelassen.

Traiskirchen ist ebenso wie Talham ein Erstaufnahmezentrum für Asylbewerber. Auf dem Polizeiposten werden den Flüchtlingen als Erstes Fingerabdrücke abgenommen. Diese werden mit Hilfe des Eurodat-Computersystems in der Luxemburger Zentrale registriert und mit den dort gespeicherten Daten verglichen. Dabei geht es vor allem darum, zu ermitteln, ob der Betreffende in Österreich als erstem EU-Land um Asyl ersucht oder ob es sich um sogenannte Dublin-Fälle handelt.

Die darunter subsumierten Personen haben sich bereits für ein Asylverfahren in jenem EU-Land registriert, das sie zuerst betreten hatten, beispielsweise in Polen oder der Slowakei. Laut Direktor Schabhüttl sind zwei Drittel bis drei Viertel der rund 800 Personen, die monatlich in Traiskirchen, sowie jener 200, die in Talham eintreffen, «Dublin-Fälle». Österreich erklärt sich für diese als nicht zuständig, daher erwartet es letztlich die Rückschaffung. Von den gesetzeskonformen Asylanträgen werden etwa 80 Prozent abgelehnt, weil der Antragsteller keine persönliche Verfolgung nachweisen kann. Ihm steht das Recht zu, beim 2009 neugeschaffenen Asylgerichtshof Berufung gegen den negativen Entscheid einzulegen.

In der öffentlichen Meinung werden Flüchtlinge und Migranten nicht selten mit Kriminellen gleichgesetzt, und die Politik tut wenig, um dieses immer stärker grassierende Vorurteil zu entkräften. Spricht man in Traiskirchen Leute auf das Thema an, kann man sicher sein, dass unweigerlich von zunehmender

Kriminalität die Rede ist. Im gleichen Atemzug wird das Flüchtlingslager erwähnt. Erkundigt man sich aber nach konkreten, belegbaren Fakten oder persönlichen Erfahrungen, bleibt der Befragte die Antwort fast immer schuldig.

Differenzierter tönt die Auskunft bei der Lagerleitung. Die Kriminalität im Umfeld des Lagers sei nicht signifikant höher als anderswo. Aber das organisierte Verbrechen versuche, hier Handlanger «zwischenzuparken». Nicht die Asylbewerber befänden sich also auf der «kriminellen Schiene», Kriminelle würden auf der «Asylschiene» placiert.

## Kritik an Missbräuchen

Der wohl prominenteste Flüchtling, der in Traiskirchen war, ist der langjährige Direktor der Wiener Staatsoper Ioan Holender. In einem Interview berichtete er kürzlich von seiner Flucht aus Rumänien nach Österreich im Jahr 1959. Die drei Wochen in Traiskirchen seien für ihn nicht schlimm gewesen, denn er sei heilfroh gewesen, überhaupt hier sein zu können.

Für Karin Klaric, die im Auftrag einer nichtstaatlichen Flüchtlingsorganisation als Rechtsberaterin für Asylbewerber und Flüchtlinge tätig ist, sind allerdings die heutigen Verhältnisse in Traiskirchen schlicht katastrophal. Im Gespräch schildert sie, dass sie regelmässig Fällen von unmenschlicher, erniedrigender Behandlung einzelner Migranten durch das Personal des Flüchtlingslagers Traiskirchen nachgehen müsse. Die Lage habe sich in den vier-einhalb Jahren, die sie hier sei, merklich verschlechtert. Die wenigsten Beamten seien heute bereit, mit ihr zu kooperieren. Früher, so Klaric, habe es einzelne Fälle von Fehlverhalten der hier tätigen Beamten des Innenministeriums gegeben, heute sei dies symptomatisch geworden: Die Beamten stünden offenbar massiv unter Druck von oben und gäben diesen Druck an die Asylbewerber weiter. Reizbarkeit, Anschreien und Fälle von Willkür seien die Folge.

Viele Beamte verletzten die Rechte der Flüchtlinge, behauptet Klaric. Kranke würden einfach auf die Strasse gestellt, oft ohne Mittel. Polizeibeamte versuchten, Asylbewerber bereits auf dem Weg zum Flüchtlingslager aufzugreifen, und nähmen sie sofort in die bis zu neun Monate dauernde Auslieferungshaft, aus der es dann praktisch unmöglich sei, einen Asylantrag mit Aussicht auf Erfolg zu stellen.